



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 11.04.2025 bis 18.04.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Eine Reise der Hoffnung in den Osten von Bale	3
Deutschland: UN-Palästinenserhilfswerk von Hamas „durchseucht“	5
Deutschland: „DemoFürAlle“ - „Übergriffig und schamverletzend“	6
Indien: Christenverfolgung nimmt weiter zu	7
Indien: Verweigerung von Bestattung ein Beispiel für Diskriminierung	8
Israel: Israelische Christen	12
Kamerun: Überleben zwischen Terror und Glaube	13
Kasachstan: 15 Monate lange strafrechtliche Ermittlungen gegen orthodoxen Priester wegen Antikriegs-Posting	15
Laos: Ein Dorf entzieht Christen die Lebensgrundlage	16
Laos: Ein Dorf entzieht Christen die Lebensgrundlage	17
Malediven: Land verhängt Einreiseverbot gegen Israelis	18
Nigeria: Fulani töten 120 Christen binnen weniger Wochen	19
Nigeria: Mord-Statistik diese Woche	20
Südafrika: US-Missionar in Südafrika gerettet nach der Schießerei mit Entführern	21
Syrien: Entführte syrische Bischöfe nicht vergessen!	22
Ungarn: Es werden nur noch zwei Geschlechter anerkannt	23
USA: Außenministerium will „Abneigung gegen Christen“ bekämpfen	24

Äthiopien: Eine Reise der Hoffnung in den Osten von Bale

Die katholische Kirche berichtet von großer Armut

Robe (Fides) - „Alles begann, als wir in Robe sahen, wie viele Menschen vor der anhaltenden Dürre im östlichen Bale flüchteten. Interessiert und besorgt machten wir uns auf den Weg, um herauszufinden, was dort passiert. Wir fanden ein Gebiet vor, in dem die Klimaszenarien ganz anders aussahen als in den grüneren Gegenden um Robe“, so Teresa Zullo, Missionarin der Missionsgemeinschaft von Villaregia, die sich zusammen mit den anderen Missionaren in der Apostolischen Präfektur Robe im Westen von Bale auf den Weg in den Osten der Region gemacht hat.

„Dieses Gebiet gehört zur Apostolischen Präfektur von Robe, deren Apostolischer Präfekt P. Angelo Antolini (Ofm Cap.) ist, und ist so groß wie ein Drittel Italiens, obwohl es dort noch keine kirchliche Präsenz gibt. Wir befinden uns in der Nähe der somalischen Region Äthiopiens; die Armut ist hier besonders groß, erschwert durch das Fehlen von Straßen, die Abgeschiedenheit vieler Dörfer und die schwierige Verfügbarkeit von Wasser und lebensnotwendigen Gütern“, so die Missionarin.

„Im Jahr 2022 begannen wir, diese riesige Region Äthiopiens kennenzulernen, die durchschnittlich 6-7 Autostunden von der Stadt Robe entfernt liegt und in der es, wie bereits erwähnt, praktisch keine katholische Präsenz gibt: Es gibt zwar hier und da orthodoxe und protestantische Gemeinden in den Provinzhauptstädten, aber die Mehrheit der Bevölkerung bekennt sich zum Islam. Als wir von unserer ersten Reise zurückkehrten, fühlten wir uns stark dazu berufen, bei diesem Volk 'zu sein' und nicht nur materielle Hilfe anzubieten, sondern eine Nähe, die aus Zuhören, Respekt und Liebe besteht“, betont Teresa Zullo.

„Unser Abenteuer begann im März 2023, als wir einige Dörfer in der Provinz Seweyna besuchten und kleine Mengen an lebensnotwendigen Gütern zur Bewältigung der Hungersnot mitbrachten“, so Teresa weiter. „Trotz der vielen Schwierigkeiten und der begrenzten Hilfe wurden wir von den Dorfvorstehern und Familien sofort mit Neugier und Sympathie empfangen. Für uns war das ein Zeichen, dass wir auf dem richtigen Weg waren: uns zu Nachbarn zu machen und geschwisterliche Beziehungen zu knüpfen. Im Juni 2023 kam der Wendepunkt: Das Frauen- und Kinderbüro von Seweyna (das dem Sozialamt der Provinz entspricht) bat uns um Hilfe bei der Bekämpfung der ‚barmatilee‘ (in der Sprache der Oromo: kulturelle Gegenwerte“), darunter die weibliche Genitalverstümmelung, die leider bei mehr als 90 % der weiblichen Bevölkerung praktiziert wird, und die Frühverheiratung, die in etwa 60 % der Fälle vorkommt. Wir machten uns sofort an die Arbeit und sammelten und erstellten Materialien, Illustrationen und Zeugenaussagen, um einen Schulungskurs in Oromo-Sprache vorzubereiten, der sich zunächst an Vertreter der Dorfverwaltung richtete. Dank des Fachwissens einiger Freunde und der ‚Ethiopian Muslim Development Agency‘ in Addis Abeba konnten wir unser Verständnis der islamischen Sichtweise auf diese Praktiken weiter vertiefen und entdeckten, dass sie im Koran und in den wichtigsten islamischen Quellen nicht erwähnt werden, während dazu aufgerufen wird, Gottes Schöpfung nicht zu schädigen. Wir haben dann unseren Inhalt weiter bereichert, indem wir ihn für Mädchen und Jungen der Sekundarstufe angepasst haben“.

Die Missionare berichteten, dass bis heute vier solcher Schulungen in Gymnasien stattgefunden haben: 2 in der Provinz Gololcha und 2 in der Provinz Laga Hidha. Hinzu kommen 7 Schulungen für Verwaltungsleiter einiger Dörfer: 3 in der Provinz Seweyna, 2 in der Provinz Laga Hidha und in der Provinz Dawe Sarar. „Als unsere Schulungen bekannt wurden“, fügt Teresa hinzu, „begannen die Frauen- und Kinderbüros in anderen Provinzen, uns zu kontaktieren: zuerst Laga Hidha, das an die Region Somalia grenzt, dann Gololcha, das näher an Robe liegt. Mit jeder neuen Anfrage verbessern wir das Material und bringen zusammen mit den Schulungen auch einige symbolische Geschenke mit: Lebensmittel, Hygienesets für die Frauen und Schulhefte für die Kinder, vor allem zu Beginn des Schuljahres.“

Der Bericht über diese Initiative wird mit einem Besuch in der Provinz Dawe Sarar fortgesetzt, die ebenfalls an die Region Somalia grenzt. „Hier ist die Situation noch komplexer. Einige Dörfer können nur erreicht werden, wenn man einen Teil der Region Somalia durchquert, weshalb sich weder NRO noch öffentliche Einrichtungen ohne weiteres dorthin begeben können“, so Teresa. „Die örtlichen Sozialämter haben uns jedoch gebeten, bis in diese abgelegeneren Gebiete vorzudringen. Wir ließen uns von dem Wunsch leiten, die Menschen zu treffen, und freundeten uns mit drei Dörfern an, in denen wir den Vertretern Schulungen anboten. In einem dieser Dörfer, Hantutu, übernachteten wir zwei Tage lang und wurden von den Bewohnern mit großer Herzlichkeit empfangen: Sie kochten uns sogar extra für uns. Unter anderem baten sie uns um Hilfe bei der Krankenversicherung für einige Flüchtlinge, die sich am Rande des Dorfes niedergelassen hatten. Es war eine berührende Erfahrung, die uns ein besseres Verständnis für die Aufnahmefähigkeit dieser Menschen, aber auch für die Komplexität des Lebens in dieser Gegend vermittelte“.

„Kürzlich hat uns auch die Provinz Gololcha gebeten, 11 Dörfer zu besuchen, darunter auch das Dorf der Warra Dubee, einer indigenen Bevölkerung, die entlang des Flusses Wabe Shebelle lebt, der die Grenze unserer Präfektur bildet und wo solche Praktiken weit verbreitet sind“, fährt die Missionarin fort, „Auch Laga Hidha hat sich wieder an uns gewandt: Sie wünschen sich weitere Schulungen und mehr materielle Unterstützung für die Frauen (Schulhefte für ihre Kinder, Lebensmittel und vor allem Unterstützung für kleine einkommensschaffende Maßnahmen). Derzeit sind wir vor allem in den Provinzen Dawe Sarar, Gololcha und Laga Hidha tätig, und wir möchten unsere Kenntnisse über diesen Kontext und unsere Maßnahmen weiter vertiefen. Natürlich mangelt es nicht an Problemen: die großen Entfernungen, das Fehlen von Straßen, die Kosten für Treibstoff und Fahrzeugunterhalt, Sprachbarrieren, begrenzte Mittel und Ressourcen. Doch jedes Mal, wenn wir von einer Reise zurückkehren, sind reift in uns der Wunsch, Brücken der Geschwisterlichkeit und Solidarität zu bauen.“

Abschließend hebt Teresa die besondere Bedeutung der Initiative hervor. „Unsere Reise in den Osten von Bale wird nicht nur in Zahlen oder Statistiken gemessen, sondern vor allem in Beziehungen: Männer, Frauen, Kinder, die das Gefühl haben, dass ihnen jemand nahe ist und ihnen nicht nur das Nötigste bringt, sondern auch Werte wie Respekt, Gerechtigkeit und Frieden vermittelt. Wenn wir das Lächeln der Mädchen und Jungen sehen, die lernen, wie wichtig es ist, ihre Integrität zu schützen, wenn wir hören, wie die Dorfvorsteher daran arbeiten, Praktiken zu ändern, die für Mädchen schädlich sind, wird uns klar, dass dies das wahre Wunder ist: eine Veränderung, die von Herzen kommt, noch vor der Organisation.“

„Der Osten von Bale ist ein Ort, der das Herz berührt: Wir denken an jeden Menschen, den wir getroffen haben, an jeden Händedruck, an jeden hoffnungsvollen Blick. Der Herr führt uns 'nach Osten' und lehrt uns jedes Mal, wie wertvoll selbst der kleinste Schritt in der Geschwisterlichkeit ist“, betont die Missionarin abschließend.
(AP) (Fides 12/4/2025)

Deutschland: UN-Palästinenserhilfswerk von Hamas „durchseucht“

Ex-Minister Niebel: Aus deutschen Bewässerungsrohren wurden Raketen hergestellt

Berlin (IDEA) – Das Palästinenserhilfswerk der Vereinten Nationen UNRWA ist komplett von der Terrororganisation Hamas „durchseucht“. Diesen Vorwurf hat der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel (Berlin), in einem Interview mit der Jüdischen Allgemeinen (Berlin) erhoben. Der heute 62-Jährige bekleidete das Amt von 2009 bis Dezember 2013. Wie er erläuterte, hat die Hamas etwa deutsche Bewässerungsprojekte im Gazastreifen manipuliert, die Wasserrohre aus der Erde gerissen und daraus Raketen gebaut, die sie gegen Israel abfeuerte. Niebel ist davon überzeugt, dass das Palästinenserhilfswerk „nicht Teil einer Lösung, sondern Teil des Problems“ sei. Vom Ausmaß der Verflechtung des Hilfswerk mit den Terroristen sei er allerdings überrascht. UNRWA-Mitarbeiter seien teilweise identisch mit islamistischen Mördern. Heute wisse man, dass die Hamas unter Krankenhäusern Terrorzentralen und in Schulen Raketenabschussysteme unterhalten habe.

Kritik an Außenministerin Baerbock

Auf die Frage, warum die noch geschäftsführende deutsche Bundesregierung so vehement für die Förderung der UNRWA aus Steuergeldern eintritt, äußerte er die Vermutung, Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) habe vielleicht schon früher gewusst, dass sie einmal als Präsidentin die Generalversammlung der Vereinten Nationen leiten werde: „Kann ich das nun als Eintrittsgeld bezeichnen? Sie kauft sich ihren neuen Job als Folgeverwendung, damit sie international weiter glänzen kann. Das ist schäbig.“ Baerbock hatte nach einem Bericht der Schweizer Wochenzeitung „Die Weltwoche“ im Februar dieses Jahres erklärt, sie würde eher zurücktreten, als die Mittel für die UNRWA einzustellen.

Niebel: UNRWA dürfte nicht mehr gefördert werden

Niebel weist weiter darauf hin, dass es in Deutschland per Gesetz verboten ist, aus Steuermitteln terroristische Institutionen oder Aktivitäten zu finanzieren: „Die UNRWA darf nach den Buchstaben dieses Gesetzes eigentlich nicht mehr gefördert werden.“ Es gebe zahlreiche Alternativen zur UNRWA, um der palästinensischen Zivilbevölkerung weiter zu helfen. Niebel ist derzeit als Berater beim Rüstungs- und Automobilzulieferunternehmen Rheinmetall (Düsseldorf) tätig. Nach dem Abitur arbeitete er ein Jahr lang als freiwilliger Helfer in einem Kibbuz in Israel.

Deutschland: „DemoFürAlle“ - „Übergriffig und schamverletzend“

Evangelische Kita wegen sexualpädagogischem Konzept in der Kritik

Badbergen (IDEA) – Eine evangelische Kindertagesstätte in Badbergen bei Osnabrück ist in die Kritik geraten. Anlass war ihr sexualpädagogisches Konzept, das zwischenzeitlich auf ihrer Internetseite abzurufen war. Darin konnte man unter anderem lesen, dass die Kindertagesstätte „lustvolle Körpererfahrungen als Teil der Privatsphäre der Kinder“ verstehe und diese toleriere. „Kindliche Selbstbefriedigung wird unkommentiert beobachtet. Wir geben den Kindern Zeit und unterbrechen die Kinder nicht, um eigene Körpererfahrungen zu machen.“ Die niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete Vanessa Behrendt hatte das Konzept in einem Beitrag auf X zitiert und scharfe Kritik daran geübt: „Jeder Einzelne, der dieses perverse Konzept unterstützt, sollte auf der Stelle ein Berufsverbot erhalten. Solche Personen haben nichts, aber auch rein gar nichts, in der Nähe von Kindern zu suchen! Helmut Kentler wäre stolz auf euch.“ Zum Hintergrund: Der auch in kirchlichen Kreisen lange Zeit angesehene Sexualwissenschaftler Helmut Kentler www.idea.de/artikel/studie-kentler-missbrauchte-selbst-kinder (1928–2008) hatte in den 1980er und 1990er Jahren in Berlin Kinder und Jugendliche an pädophile „Pflegeväter“ vermittelt und selbst Jugendliche missbraucht.

Kirchenkreis bedauert die Veröffentlichung des Konzepts

Der Kirchenkreis Bramsche als Träger der Evangelischen Kindertagesstätte Badbergen hat das Konzept inzwischen angepasst und die Kritik in einer Mitteilung zurückgewiesen. Die „Begleitung der sexuellen Bildung“ sei ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsauftrags der Kindertagesstätten im Kirchenkreis, der „uneingeschränkt“ dahinter stehe. „Wir bedauern jedoch, dass ein internes Fachkonzept ohne Kontext öffentlich zugänglich war und dadurch Missverständnisse entstanden sind.“ Mit dem angepassten Dokument werde man künftig sicherstellen, „dass unsere Haltung und unser Ansatz auch nach außen verständlich kommuniziert“ werden könne.

Kritik: Dahinter steckt Kentlers Pädagogik

Kritik kommt auch von der „Aktion für Ehe und Familie – DemoFürAlle“. Deren Sprecherin Hedwig von Beverfoerde (Magdeburg) hält die Stellungnahme des Kirchenkreises für irreführend. Wie sie auf IDEA-Anfrage mitteilte, besteht für Kitas zwar seit 2021 die gesetzliche Pflicht, zum Schutz der Kinder ein Gewaltschutzkonzept vorzuweisen. Die Vermittlung „sexueller Bildung“ sei hingegen nicht gefordert, sondern eine Entscheidung des Trägers. Dahinter stehe im Wesentlichen die „emanzipatorische Sexualpädagogik“ Kentlers. Diese sei vom Pädagogikprofessor Uwe Sielert (Kiel) weiterentwickelt worden. Kleine Kinder hätten zwar von Geburt an ein Nähe- und Zärtlichkeitsbedürfnis durch Körperkontakt sowie eine gewisse Neugier. Das werde von der „Kentler-Sielert-Schule“ jedoch zu einem „sexuellen Bedürfnis“ umdefiniert und damit als Ausdruck des Geschlechtstriebes neu interpretiert, der naturgemäß erst mit der Pubertät erwache. Allerdings existiere für diese These bis heute keinerlei wissenschaftlicher Beleg. Diese Pädagogik sei „im Kern übergriffig und schamverletzend. Sie sexualisiert schon Kleinkinder und ist damit das Gegenteil von Missbrauchsprävention.“ Es sei ein Skandal, dass sich diese Pädagogik bis heute mit dem Schein einer Wissenschaftlichkeit schmücke, die nie existiert habe. Damit würden auch kirchliche Träger in die Irre geführt – „zum Schaden Abertausender Kinder“.

Indien: Christenverfolgung nimmt weiter zu

Übergriffe vervierfachten sich in zehn Jahren

Neu-Delhi (IDEA) – Die Zahl der Übergriffe auf Christen in Indien hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Indischen Evangelischen Allianz hervor. Er dokumentiert 640 Zwischenfälle – 39 mehr als im Vorjahr. 200 weitere wurden dem evangelikalen Dachverband gemeldet, nicht aber den Behörden. Im Zehnjahresvergleich haben sich alleine die registrierten Übergriffe mehr als vervierfacht (2014: 147). Die meisten gewaltsamen Attacken gab es in den Bundesstaaten Uttar Pradesh (188), Chhattisgarh (150), Rajasthan (40), Punjab (38), und Haryana (34). Bei den Übergriffen auf Christen handelt es sich laut dem Bericht um Bedrohungen und Belästigungen (255), Verhaftungen (129), körperliche Gewalt (76), geschlechtsspezifische Gewalt (60), Störungen von Gottesdiensten (46), Vandalismus an Kirchengebäuden (41), soziale Ausgrenzung und Boykotte (18), Verhaftungen aufgrund des Vorwurfs der erzwungenen Konversion (11) und Mord (4).

Allianz-Generalsekretär: Verfolgung hat ein Krisenniveau erreicht

Der Generalsekretär der Indischen Evangelischen Allianz, Vijayesh Lal (Neu-Delhi), zeigte sich entsetzt angesichts der Zunahme an Übergriffen im vergangenen Jahr: „Das Ausmaß und die Intensität der Verfolgung von Christen in Indien hat ein Krisenniveau erreicht.“ Im Durchschnitt würden täglich vier bis fünf Kirchen und Pastoren angegriffen. Lal vermutet, dass die Dunkelziffer der Vorfälle deutlich höher ist, da viele Christen sich nicht trauten, sich bei den Behörden zu melden. Die indische Allianz rief die Regierung zu konkreten Gegenmaßnahmen auf, wie etwa Polizeischutz für christliche Gemeinschaften, die Reform der Anti-Konversionsgesetze und die konsequente Bestrafung der Täter. Der Anstieg der Übergriffe auf Christen fällt in die Regierungszeit Narendra Modis. Er ist seit Mai 2014 Premierminister und Mitglied der Bharatiya Janata Party (BJP), einer hindu-nationalistischen Partei. Sie setzt sich für die Rückbekehrung zum Hinduismus ein, notfalls mit Gewalt. Von den etwa 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 72 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Der Rest gehört kleineren Religionsgemeinschaften an. Im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt Indien Platz 11 der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Vijayesh Lal wird auf dem nächsten Kongress „[Christenverfolgung heute](#)“ sprechen, dieser findet vom 9. bis 12. November 2025 in Schwäbisch Gmünd statt.

Indien: Verweigerung von Bestattung ein Beispiel für Diskriminierung

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/17.04.25 - Ramesh Baghel ist zum Gesicht des Kampfes um ein würdiges Sterben für Christen im indischen Bundesstaat Chhattisgarh geworden, während er eine neue Petition an den Obersten Gerichtshof Indiens vorbereitet.

Mehr als zweieinhalb Monate, nachdem der Oberste Gerichtshof die Regierung von Chhattisgarh angewiesen hatte, „exklusive Grundstücke als Friedhöfe für die Bestattung von Christen im gesamten Bundesstaat abzugrenzen“, haben die Behörden keine öffentlich bekannten Maßnahmen zur Umsetzung der Anordnung ergriffen. Die vom Gericht gesetzte Frist vom 27. März ist ohne Einhaltung verstrichen.

„Es geht nicht mehr nur um meinen Vater. Es geht um die Würde und die Rechte aller Christen in Chhattisgarh“, sagte Baghel gegenüber Morning Star News. „Unsere Gemeinde steht weiterhin vor denselben Herausforderungen und hat keinen Ort, an dem wir unsere Toten in Würde bestatten können. Ich wende mich erneut an den Obersten Gerichtshof, weil wir eine Lösung brauchen, die sowohl der Anordnung des Gerichts als auch unserem Glauben gerecht wird.“

Baghel, der drei Wochen lang um die Beerdigung seines Vaters, Pastor Subhash Baghel, gekämpft hatte, sagte, er werde sich mit lokalen Anwälten beraten, bevor er sich an einen Anwalt des Obersten Gerichtshofs in Delhi wende.

Der Fall verdeutlicht die wachsende Besorgnis über die Religionsfreiheit in den Stammesgebieten von Chhattisgarh, wo Christen zunehmender Feindseligkeit, sozialer Ächtung und der Verweigerung grundlegender Rechte ausgesetzt sind – darunter das Recht auf eine würdige Bestattung gemäß ihrem Glauben.

„Die Untätigkeit des Staates spricht Bände“, sagte Pastor Salim Hakku, ein christlicher Führer der Region. „Die Christen in Chhattisgarh verlangen nichts weiter als Würde im Tod, ein Recht, das der Oberste Gerichtshof anerkannt hat, das ihnen aber von den lokalen Behörden weiterhin verweigert wird. Das ist nicht nur bürokratische Verzögerung, sondern spiegelt einen systematischen Versuch wider, unsere Gemeinschaft zu marginalisieren.“

Vater die Beerdigung verweigert

Pastor Subhash Baghel starb am 7. Januar im Baliram Kashyap Memorial Government Medical College Hospital in Jagdalpur, 186 Meilen südlich von Raipur im Bezirk Bastar in Chhattisgarh.

Als Ramesh Baghel versuchte, seinen Vater auf dem Dorffriedhof in Chhindwada zu begraben, wo auch die Leichen seiner anderen christlichen Familienmitglieder beigesetzt worden waren, stieß er auf heftigen Widerstand eines Teils der Dorfbewohner.

Am Abend desselben Tages begaben sich Mitglieder der *Sarva Adivasi Samaj*, darunter lokale Mitglieder der extremistischen hinduistischen Bharatiya Janata Party (BJP), zum Wohnhaus von Baghel und verkündeten ihre Entscheidung, die Beerdigung im Dorf zu verbieten. Als die Polizei eintraf, schaltete sie sich nicht als Vermittler ein, sondern stellte sich auf die Seite der Beerdigungsgegner.

„Am meisten überraschte mich die Haltung der Polizei“, sagte Baghel. „Unsere eigene *Mahar*-Gemeinschaft hatte kein Problem mit der Beerdigung, nachdem ich ihnen erklärt hatte, dass wir unsere christlichen Toten seit Jahrzehnten in dem dafür vorgesehenen Bereich beerdigen. Aber nachdem die Sarva Adivasi Samaj mit den Behörden gesprochen hatte, wurde die Polizei selbst zum größten Hindernis.“

Obwohl sie als Familie einer registrierten Kaste in einem Stammesdorf unter dem Schutz der Verfassung stehen, wurden sie von genau den Beamten im Stich gelassen, die ihre Rechte hätten schützen müssen, sagte er.

„Da wurde mir klar, dass ich keine andere Wahl hatte, als vor Gericht zu gehen“, sagte Baghel.

Obwohl seit Mitte der 1980er Jahre mindestens 20 Christen in einem speziell dafür vorgesehenen Bereich des Dorffriedhofs beigesetzt worden waren – darunter Pastor Baghels Vater im Jahr 2007, seine Schwester im Jahr 2015 und zwei weitere Verwandte im Jahr 2013 –, behauptete der Dorfrat plötzlich, es gäbe keinen christlichen Friedhof.

Das Dorf Chhindwada hat laut Polizeiaufzeichnungen aus Bastar etwa 6.450 Einwohner, von denen etwa 6.000 dominanten Stammesgemeinschaften angehören und 450 der Mahar-Gemeinschaft, einer registrierten Kaste. Unter den Mahar sind etwa 100 Personen, darunter auch die Baghels, vor vielen Jahren zum Christentum konvertiert.

Rechtsstreitigkeiten

Nachdem die lokalen Behörden auf seine Bitten nicht reagiert hatten, reichte Baghel am 8. Januar beim Obersten Gerichtshof von Chhattisgarh eine Petition ein, in der er die Erlaubnis beantragte, seinen Vater auf dem Dorffriedhof beerdigen zu dürfen.

Während der kurzen Dauer des Verfahrens stellte der Dorfrat (*gram panchayat*) eine Bescheinigung aus, wonach es in seinem Zuständigkeitsbereich keinen Friedhof für die christliche Gemeinde gebe. Auf der Grundlage dieser Bescheinigung und unter Berufung auf mögliche „Unruhen und Unfrieden“ wies das Oberste Gericht von Chhattisgarh die Petition von Baghel am 9. Januar zurück.

Das Gericht wies ihn an, seinen Vater auf einem christlichen Friedhof in Karkapal, etwa 25 Meilen entfernt, zu bestatten. Es schloss auch die Möglichkeit aus, Pastor Baghels Leichnam auf dem Privatgrundstück der Familie zu bestatten – eine deutliche Abweichung von früheren Fällen, in denen dasselbe Gericht christliche Bestattungen auf Privatgrundstücken erlaubt hatte.

Nachdem alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, wandte sich Baghel an den Obersten Gerichtshof Indiens.

„Geteilte“ Entscheidung

Nachdem er die Leiche seines Vaters fast drei Wochen lang in einer Leichenhalle des Krankenhauses aufbewahrt hatte, erhielt Ramesh Baghel am 27. Januar das Urteil des Obersten Gerichtshofs: eine „geteilte“ Entscheidung (1 zu 1), die ihn effektiv daran hinderte, seinen Vater im Dorf zu bestatten.

Richterin B.V. Nagarathna unterstützte Baghels Recht, den Leichnam in seinem Dorf zu bestatten. Sie stellte fest, dass die Haltung des Staates gegen Artikel 21 und 14 der indischen Verfassung verstoße und eine „feindselige Diskriminierung“ darstelle, die „das hohe Prinzip der Säkularität verrät“. Nagarathna machte von ihren Befugnissen gemäß Artikel 142 Gebrauch und ordnete an, dass die Bestattung auf Baghels Privatgrundstück stattfinden solle.

Richter Satish Chandra Sharma berief sich jedoch auf die öffentliche Ordnung und argumentierte, dass der Berufungskläger kein Grundrecht auf die Wahl des Begräbnisortes habe. Sharma machte außerdem geltend, dass „das Verfahren zur Ausweisung von bestimmten Bereichen für jede Gemeinschaft nicht perfekt ist“, und entschied, die Anordnung des High Court zur Beerdigung auf dem Friedhof in Karkapal aufrechtzuerhalten.

Da es sich um ein geteiltes Urteil handelte und die Leiche von Pastor Baghel bereits seit fast 20 Tagen in der Leichenhalle lag, stimmte das Gericht zu, die Meinung von Sharma zu akzeptieren und die Beerdigung auf dem 25 Meilen entfernten christlichen Friedhof anzuordnen.

Wichtig ist, dass das Gericht eine konkrete Anweisung an den Staat erteilte: „Der beklagte Staat und seine lokalen Behörden werden angewiesen, im gesamten Bundesstaat gemäß den gesetzlichen Bestimmungen exklusive Flächen als Friedhöfe für die Bestattung von Christen auszuweisen. Diese Anweisung wird erteilt, um Kontroversen wie im vorliegenden Fall zu vermeiden. Die genannte Maßnahme ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten ab heute durchzuführen.“

Diese klare, zeitgebundene Anordnung des höchsten Gerichts Indiens sollte künftige Bestattungsstreitigkeiten verhindern und die Rechte der christlichen Minderheiten in Chhattisgarh schützen.

Mitternächtliche Beerdigung

Nach der Anordnung des Obersten Gerichtshofs vom 27. Januar mobilisierten lokale Verwaltungsbeamte und die Polizei sofort, um eine rasche Beerdigung zu gewährleisten. Zeugen berichten, dass die Polizei eine Erdbaumaschine einsetzte, um das Grab auszuheben, und zwei Busse organisierte, um die Leiche von Pastor Baghel, seine Familienangehörigen und einige Freunde zum 25 Meilen entfernten Friedhof in Karkapal zu transportieren.

„Wir hatten keine andere Wahl, als unseren Vater um Mitternacht zu begraben“, sagte Baghel. „Die Beamten bestanden darauf, dass es sofort geschehen sollte, obwohl wir darum gebeten hatten, bis zum Morgen zu warten, damit Familie, Freunde und Gemeindemitglieder zusammenkommen und wir eine ordentliche christliche Beerdigung durchführen konnten.“

Pfarrer Bhupendra Khora, der zusammen mit einem anderen christlichen Führer die letzte Ölung vollzog, beschrieb, wie die Behörden entschlossen waren, die Beerdigung so schnell wie möglich abzuschließen.

„Wir flehten die Polizei und die Verwaltung an und erklärten, dass Christen keine Bestattungen nach Sonnenuntergang durchführen, aber niemand hörte uns“, sagte Pastor Khora gegenüber Morning Star News. „Sie hätten die Leiche einfach weggeworfen und mit Erde bedeckt, wenn wir nicht auf einer ordentlichen christlichen Beerdigung bestanden hätten. Selbst in diesem schwierigen Moment mussten wir um die minimale Würde einer angemessenen religiösen Zeremonie kämpfen.“

Christliche Führer glauben, dass die Behörden die Beerdigung überstürzt haben, um weitere rechtliche Schritte zu verhindern, bevor Gemeindeglieder erneut vor den Obersten Gerichtshof ziehen konnten.

Die hastige Beerdigung um Mitternacht verstieß gegen christliche Bräuche und verwehrt Pastor Baghel den respektvollen Abschied, den er nach jahrzehntelangem Dienst verdient hätte, so die Anwesenden.

„Mein Vater hat 33 Jahre seines Lebens als Pastor gewidmet, doch wir konnten ihm nicht einmal einen würdigen Abschied nach unserer Tradition bereiten“, sagte Baghel.

Geteiltes Dorf

Trotz der Behauptung des Dorfrats, dass es in Chhindwada keinen christlichen Friedhof gebe, haben lokale Medien mehrere Gräber im Dorffriedhof dokumentiert, die aus den 1990er und 2000er Jahren stammen und Kreuzzeichen auf ihren Grabsteinen tragen.

Als sie mit diesen Beweisen konfrontiert wurden, wiesen die Beamten die Bedeutung der Kreuze angeblich zurück und behaupteten, „Stammesangehörige übernehmen alle Arten von Kulturen“.

Der Streit um die Bestattung in Chhindwada spiegelt die allgemeine Diskriminierung von Christen in der Region wider. Am 7. Februar 2024 – etwas mehr als zwei Monate nach dem Sieg der BJP bei den Landtagswahlen in Chhattisgarh – verabschiedete der Dorfrat von Chhindwada eine 13-Punkte-Resolution, die Christen ausdrücklich verbietet, im Dorffriedhof beigesetzt zu werden.

Der fünfte Punkt dieser Resolution besagt ausdrücklich, dass diejenigen, die „ihre Kultur, Riten und Rituale von den traditionellen Methoden des Dorfes abgewandt haben, wie Christen und andere, ihre Toten nicht auf dem Dorffriedhof bestatten dürfen“.

Die gleiche Resolution verhängte einen umfassenden sozialen und wirtschaftlichen Boykott gegen Christen. Laut Baghel und anderen christlichen Einwohnern wird ihnen der Zugang zu staatlichen Lebensmittelgeschäften verwehrt und sie können keine Arbeiter einstellen. Christlichen Ladenbesitzern ist es verboten, im Dorf Geschäfte zu betreiben, und jeder Verstoß wird mit einer Geldstrafe von 5.051 Rupien (etwa 60 US-Dollar) geahndet.

„Dieser Beschluss richtet sich nicht nur gegen unser Recht auf Bestattung – er erklärt uns zu Fremden in unserem eigenen Dorf“, sagte Baghel gegenüber Morning Star News. „Am meisten schmerzt es, wenn ich ältere Nachbarn sehe, die ihr Beileid bekunden wollen, aber aus Angst vor einer Geldstrafe auf Distanz bleiben. Sie haben die Gemeinschaftsbindungen, die über Generationen hinweg aufgebaut wurden, als Waffe eingesetzt.“

Die Spaltung des Dorfes wurde während der Trauerfeier für Pastor Baghel am 29. Januar deutlich. Während sich Christen aus dem Dorf und den Nachbarorten in Baghels Haus versammelten, blieben Hindus und andere Stammesangehörige auffällig fern.

Christen in ganz Bastar sind trotz der 90-jährigen Geschichte des Christentums in der Region, die 1933 mit dem Bau der ersten Kirche in Jagdalpur begann, Schikanen ausgesetzt. Laut der Volkszählung von 2011 machen Christen 1,98 Prozent (27.951 Menschen) der Bevölkerung des Distrikts Bastar aus, wobei der Anteil in der Stadt Jagdalpur mit 9,44 Prozent höher ist.

Berichte von Medien und Interessenverbänden vom Februar 2023 dokumentierten, wie Mobs Kirchen verwüsteten, fast 100 Häuser plünderten und mehr als 1.000 Christen aus vielen Dörfern in den Distrikten Kanker, Kondagaon und Narayanpur nach gewalttätigen Drohungen zur Flucht zwangen.

Der Oberste Gerichtshof von Chhattisgarh hat wiederholt in ähnlichen Fällen in der gesamten Region eingegriffen. Im April 2024 musste das Gericht den Behörden [anweisen](#), die Beerdigung einer christlichen Frau auf dem Grundstück ihrer Familie im Dorf Arracote nach lokalem Widerstand zu genehmigen. Nur wenige Tage vor dem Tod von Pastor Baghel [griffen ein Stammesführer und seine Familienangehörigen Kunika Kashyap](#), eine schwangere Christin aus dem Dorf Bade Bodal, an, wodurch sie eine Fehlgeburt erlitt. Der Angriff ereignete sich, als der Stammesführer vermutete, dass sie mit einem kranken Verwandten betete.

Die Feindseligkeiten haben sich in den letzten Monaten verschärft. Im Dezember 2024 hielten rechtsgerichtete Gruppen, darunter die Sarva Adivasi Samaj und die Vishwa Hindu Parishad (VHP), [eine Pressekonferenz](#) in Jagdalpur ab, auf der sie Pläne für eine Kampagne gegen angeblich illegale Kirchen in Bastar ankündigten und drohten, diese abzureißen und durch Hanuman-Tempel zu ersetzen. Christliche Führer behaupten, dass junge Stammesangehörige mobilisiert worden seien, um Bekehrungen in ihren Dörfern zu verhindern und Pastoren am Besuch zu hindern.

Der Oberste Gerichtshof wies den Bundesstaat an, speziell christliche Begräbnisstätten einzurichten, um dieses systemische Problem zu lösen, aber da die Fristen verstreichen, ohne dass Maßnahmen ergriffen werden, leben die Christen in ganz Chhattisgarh weiterhin in Unsicherheit über ihre grundlegendsten religiösen Rechte.

„Können Christen in Chhattisgarh in Würde leben und in Würde sterben?“, fragte Baghel. “Der Oberste Gerichtshof hat unsere Rechte auf dem Papier anerkannt, aber solange diese Rechte nicht vor Ort Realität werden, kann ich nicht ruhen. Dies ist nicht mehr mein persönlicher Kampf – es geht um Gerechtigkeit für eine ganze Gemeinschaft.“

Die christliche Hilfsorganisation Open Doors listet Indien auf Platz 11 ihrer Weltverfolgungsliste 2025 der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Indien lag 2013 noch auf Platz 31, ist aber seit dem Amtsantritt von Narendra Modi als Premierminister stetig in der Rangliste gefallen.

Verfechter religiöser Rechte verweisen auf den feindseligen Ton der Regierung der Nationalen Demokratischen Allianz unter Führung der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), der ihrer Meinung nach seit Modis Machtübernahme im Mai 2014 hinduistische Extremisten in Indien ermutigt hat.

<https://morningstarnews.org/2025/04/pastors-son-fighting-indias-failure-to-create-christian-cemeteries/>

Israel: Israelische Christen

Die Christen im Süden Israels klammern sich an die Hoffnung des Evangeliums, während sie sich mit der Realität des Krieges auseinandersetzen, der sie umgibt. Der Pastor einer Kirche in Ashdod sagt, die einzige Hoffnung für Israel sei Jesus, aber der Großteil des Landes wolle ihn nicht. Beten Sie, dass verlorene Israelis zu Christus finden.

Mission Network Nachrichten/ Bridgeway Publications vom 15. März 2025/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Kamerun: Überleben zwischen Terror und Glaube

Im Norden Kameruns ist das Überleben für Christen aufgrund von Terrorismus und Entführungen ein täglicher Kampf. Viele fliehen in die Berge oder verlassen ihre Heimat. Doch trotz der schwierigen Umstände halten sie treu an Jesus fest.

IIRF-D/ODCH/Tübingen/13.04.25 - Im Hohen Norden Kameruns liegt ein Dorf noch im morgendlichen Dämmerlicht. Runde Lehmhäuser mit Strohdächern stehen dicht beieinander, Ziegen und Hühner laufen frei herum. Es sieht friedlich aus – aber nachts breitet sich Angst aus.

«Sie kamen und griffen an»

Pastor Hamza* führt ein Team von Open Doors durch das Dorf. «Ich bin vor zwei Jahren umgezogen», sagt er. Warum? «Sie kamen, sie griffen an. Sie töteten. Sie brannten die Kirchen nieder. Sieben Menschen starben bei dem Brand.»

«Sie» sind Boko Haram, eine islamistische Terrorgruppe. Sie sind zwar für ihre Angriffe in Nigeria bekannt, aber nur wenige wissen, dass sie auch im Hohen Norden Kameruns aktiv sind.

«Sie riefen «Allahu Akbar!» und griffen das ganze Dorf an. Wer weglief, wurde erschossen. Wer gefangen wurde, dem wurde die Kehle durchgeschnitten.»

Die Angriffe finden nachts statt. Am Morgen ist Boko Haram verschwunden. Die Regierung rät den Menschen, das Dorf zu verlassen, aber als Subsistenzbauern können sie ihr Land nicht einfach aufgeben. «Sie hatten ihre Ernte bereits ausgesät», erklärt Hamza.

Flucht in die Berge

Die Vertriebenenlager sind überfüllt, Lebensmittel sind knapp und viele Dorfbewohner entscheiden sich dafür, stattdessen in den Bergen zu schlafen. Aber auch Boko Haram hat dort seine Lager, sodass die Dorfbewohner jede Nacht in Gebiete fliehen, die sie für sicher halten.

Nach 8 Uhr morgens kehren sie zurück. «Sie plündern nicht jede Nacht», sagt Hamza, «aber man weiss nie, wann sie kommen.»

Tagsüber herrscht eine gewisse Erleichterung. Aber am späten Nachmittag macht sich Unruhe breit. «Um 15 Uhr fragt sich jeder: «Bin ich heute Abend auch dran?» Viele sterben in den Bergen – Hunger, Stress, Bluthochdruck. Ich würde sagen, 80 % können nicht mehr klar denken.»

Geknickt, aber nicht gebrochen

Das Überleben ist ein täglicher Kampf. Die Ernten sind knapp, Hilfsgüter werden oft geplündert. Viele haben die Hoffnung verloren. «Sie sagen: «Wenn sie uns töten, gut. Wenn nicht, auch gut.»» Hamza weigert sich, sie im Stich zu lassen. «Deshalb bin ich zurückgekehrt – um Gottes Wort weiterzugeben. Wenigstens leiden wir gemeinsam.»

Wenn sie keine Hoffnung haben, wo ist dann die Widerstandskraft? Diese Christen haben keine Hoffnung, dass menschliches Eingreifen ihre Situation verbessern wird. In vielerlei Hinsicht fühlen sie sich von ihrem Land und der internationalen Gemeinschaft vergessen. Ihre Hoffnung und ihr Glaube ruhen allein auf Gott. Allein die Tatsache, dass sie Tag für Tag weitermachen, ist ein Akt des Trotzes gegen Boko Haram und den Feind, der sie vernichten will. Sie hätten schon vor langer Zeit beschliessen können, zum Islam zu konvertieren, oder in ihrem Dorf zu bleiben und getötet zu werden. Doch sie halten an Jesus fest – und bleiben treu bis zum Ende.

Auf die Frage, wofür wir beten können, antwortet Hamza: «Betet für Glauben. Der Glaube vieler Menschen ist geschwächt. Betet, dass sie ausharren und dass wir die Kraft haben, das Leid zu ertragen.»

Quelle: Open Doors Schweiz

https://www.opendoors.ch/news/kamerun-uberleben-zwischen-terror-und-glaube/?_cldee=Rumd_MwOPONizXDCpEz4kmL96-TvPjI6dyTEK5w96HxgyCv9Vbr9ENwu231TeT-4&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-cd9d1031bb0942fabf9a9821266d0e53&esid=2a2810ba-d90a-f011-bae3-6045bddfc030

Kasachstan: 15 Monate lange strafrechtliche Ermittlungen gegen orthodoxen Priester wegen Antikriegs-Posting

AKREF-A/F18/13.04.25 - Im August 2023 postete der orthodoxe Priester Vater Yakov (bürgerlich Vladimir Yuryevich Vorontsov) eine Facebook Nachricht von 104 Wörtern, in der er beklagte, dass das Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche „schon lange nichts mit dem Christentum zu tun“ hätte. Grund seiner Haltung gegenüber dem Patriarchat war dessen Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Nach einer anonymen Anzeige wurde er von der Polizei seiner Heimatstadt Almaty zur Befragung vorgeladen. Im Dezember 2023 leitete die Polizei strafrechtliche Ermittlungen wegen des Schürens von religiösem oder ethnischen Hass ein, wofür eine Höchststrafe von 7 Jahren Gefängnis droht. Mehr als 15 Monate später und obwohl eine von der Polizei in Auftrag gegebene „Expertenanalyse“ keine Schuld bei dem Priester gefunden hat, hat der Ermittlungsbeamte Samat Atakhan die Ermittlungen nicht beendet, sondern im Dezember 2024 eine zweite „Expertenanalyse“ in Auftrag gegeben.

Die russisch-orthodoxe Diözese Astana und Almaty hat ihre eigenen „Expertenanalyse“ bei Roza Akbarova in Auftrag gegeben. Akbarova hat in der Vergangenheit bereits Expertenanalysen erstellt, die zur Verhängung von Haftstrafen gegen Siebenten-Tags Adventisten, Zeugen Jehovas und Muslime beigetragen haben, die ohne ihr Wissen mit Informanten der Geheimpolizei über ihren Glauben gesprochen hatten.

Bereits vor seinem Facebook Posting wurde Vater Yakov von der Orthodoxen Kirche Kasachstans wegen seiner Haltung gegen den Krieg das Priesteramt entzogen, unter anderem mit der Begründung, er hätte Hass zwischen religiösen und ethnischen Gemeinschaften geschürt. Er war einer der orthodoxen Priester, die im Februar 2022 einen offenen Brief mit einem Aufruf zur Versöhnung und einem sofortigen Waffenstillstand unterzeichnet hatte. Seine Absetzung als Priester wurde im Juli 2024 vom Moskauer Patriarchen Kirill bestätigt.

Vater Yakov plante in der Vergangenheit, eine autokephale (unabhängige) orthodoxe Gemeinschaft in Almaty zu gründen und registrieren zu lassen. Später beabsichtigte er, eine Gemeinschaft registrieren zu lassen, die sich um Mitgliedschaft im Ökumenischen Patriarchat bemüht. Derzeit ist allerdings aufgrund der gegen Vater Yakov laufenden Ermittlungen davon auszugehen, dass die Behörden diese Tatsache als Druckmittel gegen die Unterzeichner des Registrierungsantrags nutzen würden.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 11. April 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖE

Laos: Ein Dorf entzieht Christen die Lebensgrundlage

Dams Glaube an Jesus führt zu wiederkehrenden Angriffen auf ihn und seinen Besitz

(Open Doors, Kelkheim) – Im Norden von Laos erleben Dam* und seine Familie intensive Verfolgung durch ihr Dorf. Vor Kurzem musste er mitansehen, wie Nachbarn mit großer Mühe sein Ackerland unbrauchbar machten, um den Druck auf die Familie weiter zu erhöhen. Beispiele wie diese zeigen, wie Christen im ländlichen Laos durch ihr Umfeld verfolgt, ihrer Lebensgrundlage beraubt und oft auch vertrieben werden.

Kollektive Zerstörungsaktion

Pastor Dam lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in einer Bergregion im Norden von Laos. Im Alter von 48 Jahren kam er zum Glauben an Jesus. Schon kurze Zeit später begann er, das Evangelium mit großem Eifer an andere weiterzugeben. Die Folge davon war jedoch starker Widerstand in seinem Umfeld. Die Reaktionen der anderen Dorfbewohner reichten von Ausgrenzung und Drohungen bis hin zu tätlichen Übergriffen. Nicht nur er selbst, sondern auch seine Frau und die Kinder wurden von den verärgerten Dorfbewohnern immer wieder beleidigt, ihr Haus wurde mit Steinen beworfen und ihr Hab und Gut zerstört.

Kürzlich bereitete Dam sein Land vor, um dort Reis zu pflanzen. Über das Grundstück fließt ein Bach, der das für den Reisanbau so wichtige Wasser liefert. Daneben ist der Baumbestand ein wichtiger Faktor für die dauerhafte Nutzung und Bewässerung der Felder. Doch während Dam das Feld bearbeitete, bemerkte er, dass der Bach ausgetrocknet war. Außerdem hatten seine Nachbarn flussaufwärts zahlreiche Bäume gefällt. Als er sah, dass sie gerade dabei waren, noch mehr abzuholzen, ging er auf sie zu und bat sie, damit aufzuhören. „Wenn ihr so weitermacht, wird es für mich kein Wasser mehr geben“, warnte er. Die Männer riefen zurück: „Verschwinde, du Christ! Wir wollen nicht mit dir reden.“ Ohne ihre Arbeit zu unterbrechen, fügten sie hinzu: „Wir werden dafür sorgen, dass ihr kein Wasser für eure Ernte habt.“

Dach des Wohnhauses bei gezieltem Angriff beschädigt

Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hatte es einen organisierten Angriff auf Dam und seine Familie gegeben. Dabei versammelte der Dorfvorsteher zwölf Männer, um Dams Haus zu attackieren. Ihr Ziel war es, ihn und seine Familie zur Abkehr von ihrem neuen Glauben an Jesus zu drängen. Die Angreifer bewarfen das Haus mit Steinen und verursachten dadurch ernste Schäden am Dach. Für Dam war der Angriff keine Überraschung, denn es war nicht der erste derartige Versuch, ihn vom christlichen Glauben abzubringen. Aus Ärger über seine Standhaftigkeit zerstörten die Dorfbewohner auch seinen Garten und die Ernte darin.

Lokale Partner von Open Doors reagierten sofort. Einige Mitarbeiter besuchten Dams Familie und ermutigten sie. Gleichzeitig half ein Christ aus der Gegend bei der Reparatur des Hauses, sodass die Familie wieder ein Dach über dem Kopf hatte.

Die wiederkehrenden Angriffe zehren an den Kräften und beeinträchtigen die seelische Gesundheit der Familie. Dam sucht nach Möglichkeiten, mit den anderen Dorfbewohnern in Frieden zu leben. Trotz aller Erschöpfung ist er nicht bereit, seinen Glauben aufzugeben.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2025](#) steht [Laos](#) an 22. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name geändert

Quellen: *Open Doors* (11.04.2025)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/laos-ein-dorf-entzieht-christen-die-lebensgrundlage?pk_campaign=NA&pk_kwd=20250411

Laos: Ein Dorf entzieht Christen die Lebensgrundlage

Dams Glaube an Jesus führt zu wiederkehrenden Angriffen auf ihn und seinen Besitz

IIRF-D/OD/Tübingen/ (Open Doors, Kelkheim) 16.04.25 – Im Norden von Laos erleben Dam* und seine Familie intensive Verfolgung durch ihr Dorf. Vor Kurzem musste er mitansehen, wie Nachbarn mit großer Mühe sein Ackerland unbrauchbar machten, um den Druck auf die Familie weiter zu erhöhen. Beispiele wie diese zeigen, wie Christen im ländlichen Laos durch ihr Umfeld verfolgt, ihrer Lebensgrundlage beraubt und oft auch vertrieben werden.

Kollektive Zerstörungsaktion

Pastor Dam lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in einer Bergregion im Norden von Laos. Im Alter von 48 Jahren kam er zum Glauben an Jesus. Schon kurze Zeit später begann er, das Evangelium mit großem Eifer an andere weiterzugeben. Die Folge davon war jedoch starker Widerstand in seinem Umfeld. Die Reaktionen der anderen Dorfbewohner reichten von Ausgrenzung und Drohungen bis hin zu tätlichen Übergriffen. Nicht nur er selbst, sondern auch seine Frau und die Kinder wurden von den verärgerten Dorfbewohnern immer wieder beleidigt, ihr Haus wurde mit Steinen beworfen und ihr Hab und Gut zerstört.

Kürzlich bereitete Dam sein Land vor, um dort Reis zu pflanzen. Über das Grundstück fließt ein Bach, der das für den Reisanbau so wichtige Wasser liefert. Daneben ist der Baumbestand ein wichtiger Faktor für die dauerhafte Nutzung und Bewässerung der Felder. Doch während Dam das Feld bearbeitete, bemerkte er, dass der Bach ausgetrocknet war. Außerdem hatten seine Nachbarn flussaufwärts zahlreiche Bäume gefällt. Als er sah, dass sie gerade dabei waren, noch mehr abzuholzen, ging er auf sie zu und bat sie, damit aufzuhören. „Wenn ihr so weitermacht, wird es für mich kein Wasser mehr geben“, warnte er. Die Männer riefen zurück: „Verschwinde, du Christ! Wir wollen nicht mit dir reden.“ Ohne ihre Arbeit zu unterbrechen, fügten sie hinzu: „Wir werden dafür sorgen, dass ihr kein Wasser für eure Ernte habt.“

Dach des Wohnhauses bei gezieltem Angriff beschädigt

Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hatte es einen organisierten Angriff auf Dam und seine Familie gegeben. Dabei versammelte der Dorfvorsteher zwölf Männer, um Dams Haus zu attackieren. Ihr Ziel war es, ihn und seine Familie zur Abkehr von ihrem neuen Glauben an Jesus zu drängen. Die Angreifer bewarfen das Haus mit Steinen und verursachten dadurch ernste Schäden am Dach. Für Dam war der Angriff keine Überraschung, denn es war nicht der erste derartige Versuch, ihn vom christlichen Glauben abzubringen. Aus Ärger über seine Standhaftigkeit zerstörten die Dorfbewohner auch seinen Garten und die Ernte darin.

Lokale Partner von Open Doors reagierten sofort. Einige Mitarbeiter besuchten Dams Familie und ermutigten sie. Gleichzeitig half ein Christ aus der Gegend bei der Reparatur des Hauses, sodass die Familie wieder ein Dach über dem Kopf hatte.

Die wiederkehrenden Angriffe zehren an den Kräften und beeinträchtigen die seelische Gesundheit der Familie. Dam sucht nach Möglichkeiten, mit den anderen Dorfbewohnern in Frieden zu leben. Trotz aller Erschöpfung ist er nicht bereit, seinen Glauben aufzugeben.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2025](#) steht [Laos](#) an 22. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name geändert

Quellen: *Open Doors* (11.04.2025)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/laos-ein-dorf-entzieht-christen-die-lebensgrundlage?pk_campaign=NA&pk_kwd=20250411

Malediven: Land verhängt Einreiseverbot gegen Israelis

(Von Israelnetz vom 16. April 2025) Israelische Staatsbürger dürfen nicht mehr in die Malediven einreisen. Eine entsprechende Entscheidung des Parlamentes ratifizierte Präsident Mohamed Muizzu am Dienstag. Der wichtigste Teil dieser Dritten Abänderung des Einwanderungsgesetzes sei das Verbot der Einreise für Personen mit einem israelischen Pass, teilte das Präsidentialamt mit. „Die Ratifizierung spiegelt die feste Haltung der Regierung als Antwort auf die fortdauernden Gräueltaten und Akte des Völkermordes durch Israel gegen die Palästinenser.“ Die Regierung sprach sich für einen palästinensischen Staat in den „Grenzen von vor 1967“ aus. (eh)

Nigeria: Fulani töten 120 Christen binnen weniger Wochen

Menschenrechtsorganisation fordert Eingreifen der Regierung

Abuja (IDEA) – Das Sterben von Christen in Nigeria geht weiter. Binnen weniger Wochen kamen allein im zentral gelegenen Bundesstaat Plateau rund 120 Christen bei Angriffen durch Fulani-Hirten ums Leben. Das berichtet das christliche Onlineportal „Morning Star News“. Der jüngste Angriff ereignete sich am 14. April. Laut einem Anwohner griffen Fulani am frühen Morgen das überwiegend von Christen bewohnte Dorf Zikke im Bezirk Bassa an. Dabei starben Medienberichten zufolge 51 Menschen. Am 11. April hatte es bereits einen Angriff mutmaßlicher Fulani auf das christliche Dorf Zogu im selben Bezirk mit drei Toten gegeben. Am 7. April wurden drei Dörfer durch Fulani geplündert. Zwei Menschen starben dabei. Gegenüber Morning Star News erklärte der örtliche Gemeindevorsteher Joseph Chudu Yonkpa: „Wir sind zutiefst besorgt über das Schweigen der staatlichen Akteure.“ Besonders beunruhigt seien die Christen darüber, dass nichts unternommen werde, um die Täter zu verhaften. In den Wochen zuvor wurden bereits rund 85 Christen bei Übergriffen im gleichen Bundesstaat getötet.

Amnesty International: Binnen drei Monate über 1.300 Tote

Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International verurteilte die jüngsten Angriffe scharf und forderte die nigerianische Regierung auf, das Töten in Plateau zu stoppen. Ihren Untersuchungen nach starben zwischen Dezember 2023 und Februar 2024 in dem Bundesstaat mindestens 1.336 Menschen bei Überfällen. Die überwiegend muslimischen Fulani setzen sich aus Hunderten Clans unterschiedlicher Abstammung mit mehreren Millionen Mitgliedern zusammen. Sie leben in Nigeria und anderen Teilen der Sahelzone. Einige der Gruppen sind Anhänger einer radikalen islamistischen Ideologie. Mehrere christliche Führer in Nigeria glauben laut Morning Star News, dass die Angriffe der Hirten auf christliche Gemeinden von dem Wunsch beseelt sind, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und die Verbreitung des Islams durchzusetzen. Die Wüstenbildung habe den Fulani erschwert, ihre Herden zu versorgen. Im Weltverfolgungsindex der christlichen Organisation Open Doors (Kelkheim) liegt Nigeria auf Rang sieben. Von den über 237 Millionen Einwohnern des Landes sind jeweils rund 49 Prozent Kirchenmitglieder oder Muslime.

Nigeria: Mord-Statistik diese Woche

Die Berichte über Greuelthaten überschlagen sich

IIRF-D/BA/Tübingen/17.04.25 - Bei neuen Angriffen mutmaßlicher islamistischer Kämpfer auf christliche Gemeinden im nigerianischen Bundesstaat Plateau State im Middle Belt des Landes wurden in den frühen Morgenstunden des 14. April mindestens 51 Menschen getötet und Dutzende verletzt ([wir berichteten](#)).

Mehr als [100 bewaffnete Männer](#) drangen gegen 1 Uhr morgens in die Dörfer Zike und Kimakpa im Verwaltungsbezirk Bassa ein, schossen um sich und setzten Häuser in Brand.

Die jüngsten Angriffe im Bundesstaat Plateau ereigneten sich weniger als zwei Wochen, nachdem am 2. April in der LGA Bokkos zahlreiche Menschen getötet wurden. Die Zahl der Todesopfer bei den Angriffen auf die Gemeinden Hurti, Josho und Daffo wurde zunächst [auf 40](#) geschätzt, stieg später jedoch auf 52 ([wir berichteten](#)).

Ein Pastor leitet die Gebete bei der Massenbeerdigung der 51 Opfer der Angriffe vom 14. April.

Der Gemeindevorsteher von Bassa, [Wakili Tongwe](#), befand sich in einem Nachbardorf, als die jüngsten Angriffe begannen, und hörte die ersten Schüsse. „Als wir zurückkamen, waren bereits 36 Menschen tot“, sagte er. „Einige starben später an ihren Verletzungen.“

Er schloss sich den Forderungen der Bewohner an die Regierung an, die Gemeinden stärker durch die Armee zu schützen.

„Wir sind es leid, alle zwei Wochen unsere Leute zu beerdigen“, sagte Tongwe. „Die Regierung muss mehr tun, als Truppen zu entsenden, nachdem der Schaden angerichtet wurde.“

Caleb Mutfwang, Gouverneur des Bundesstaates Plateau, hat die Angriffe wiederholt als 'organisiert und völkermörderisch' bezeichnet.

„Es gibt keine andere Erklärung“, sagte er kürzlich in einem Interview. „Ganze Gemeinden wurden von den Angreifern übernommen, umbenannt und besetzt.“

Schätzungsweise 45.000 Christen im Norden und im Mittleren Gürtel Nigerias wurden seit 2009 durch islamistische Gewalt getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/another-51-christians-killed-in-new-attacks-in-nigeria-s-plateau-state/>

Südafrika: US-Missionar in Südafrika gerettet nach der Schießerei mit Entführern

IIRF-D/ICC/Tübingen/17.04.25 Nach einem heftigen Feuergefecht hat die südafrikanische Polizei den US-Missionar und Pastor Josh Sullivan aus der Hand seiner Entführer gerettet.

Seine Rettung erfolgt [weniger als eine Woche](#), nachdem maskierte bewaffnete Männer ihn mit vorgehaltener Waffe als Geisel genommen hatten, als er am vergangenen Donnerstag in der Fellowship Baptist Church in Motherwell, einem Township in Gqeberha in der südafrikanischen Provinz Ostkap, eine Predigt hielt.

Laut einer [Erklärung](#) der südafrikanischen Polizei verfolgten die Beamten den Pastor, nachdem sie Informationen über seinen Aufenthaltsort in einem anderen örtlichen Township erhalten hatten. Drei Verdächtige starben bei der anschließenden Schießerei.

Sullivan, ein 45-jähriger Missionar aus Tennessee, war bei den Bewaffneten, als die Schießerei begann.

"Das Opfer wurde in demselben Fahrzeug gefunden, von dem aus die Verdächtigen ihren Angriff gestartet hatten", hieß es in der Erklärung der Polizei. "Wie durch ein Wunder unverletzt, wurde er sofort von medizinischem Personal untersucht und befindet sich derzeit in einem ausgezeichneten Zustand."

Nach Angaben der Polizei drangen am späten Donnerstagabend vier maskierte Bewaffnete während eines Gebetstreffens mit etwa 30 Teilnehmern in die Kirche ein. Die Angreifer raubten zwei Handys, bevor sie den 45-jährigen Pastor entführten und ihn in seinem eigenen Fahrzeug, einem silbernen Toyota Fortuner, mitnahmen. Das Auto wurde später etwa eine Meile von der Kirche entfernt verlassen.

Sullivan, Ehemann und Vater von sechs Kindern, ist seit 2018 Missionar in Südafrika. Sullivan und seine Familie sind [Mitglieder](#) der Fellowship Baptist Church, einer unabhängigen Baptistengemeinde in Maryville, Tennessee, in der Sullivan tätig war. Seine Frau und seine Kinder gehören zu denen, die die Entführung miterlebt haben.

Während einige Berichte darauf hindeuteten, dass die Entführung finanziell motiviert gewesen sein könnte, hatten es die Angreifer auf den Prediger abgesehen und waren sich seiner Berufung sehr wohl bewusst. Berichten [zufolge](#) kannten die Bewaffneten Sullivan beim Namen. Die Kirche war außerdem Ende 2024 von Brandstiftung bedroht.

Sullivan und seine Frau [gründeten](#) am 1. August 2021 die Fellowship Baptist Church, um eine Kirche für die Xhosa-sprechenden Menschen in Südafrika zu schaffen.

Quelle: www.persecution.org

Syrien: Entführte syrische Bischöfe nicht vergessen!

Die beiden Geistlichen verschwanden am Ostersonntag 2013

Göttingen (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) hat an die beiden seit zwölf Jahren verschwundenen Erzbischöfe in Syrien erinnert. Am Ostersonntag im Jahr 2013 (22. April) wurden der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Aleppo, Mor Gregorius Yohanna Ibrahim, und der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Aleppo und Iskenderun, Boulos Yazigi, von Unbekannten nahe der syrisch-türkischen Grenze [entführt](#), ihr Fahrer erschossen. Sie wollten über die Freilassung eines von Islamisten gefangenen Priesters verhandeln. Seither gibt es kein Lebenszeichen von ihnen. Die Leiterin der Menschenrechtsarbeit bei der Organisation, Sarah Reinke, erklärte dazu: „Die Verschleppung der beiden Bischöfe der nordsyrischen Metropole Aleppo steht exemplarisch für die Situation der christlichen Gemeinden und anderer Religionsgemeinschaften in Syrien. Die Bundesregierung, aber auch die großen Kirchen dürften die Lage dieser Minderheiten nicht aus den Augen verlieren, so Reinke. Bis heute habe sich niemand zu dem Verbrechen bekannt. Auf Initiative der Organisation habe sich der damalige Bundespräsident, Christian Wulff, bei der türkischen Regierung erkundigt. Er habe aber keine Informationen bekommen, obwohl die türkische Regierung unter dem Präsidenten Recep Tayyip Erdogan hinter fast allen sunnitisch-islamistischen Milizen in Syrien stehe. Die beiden Bischöfe galten als Vermittler und Botschafter für Menschenrechte im syrischen Bürgerkrieg.

Menschenrechtlerin: Assad-Verbrechen aufarbeiten

Ferner forderte Reinke, alle Verbrechen des damals herrschenden Regimes unter Baschar al-Assad sowohl durch die syrische Gesellschaft als auch durch die internationale Gemeinschaft aufzuarbeiten: „Es darf keine Straflosigkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben.“ Das Gebiet, in dem die Bischöfe entführt wurden, stand laut der Gesellschaft für bedrohte Völker teilweise unter Kontrolle der heutigen islamistischen Machthaber in Syrien. Angehörige anderer religiöser Minderheiten, besonders Alawiten, seien heute einer brutalen Verfolgung durch diese Islamisten ausgesetzt. Die Sorgen der Christen, Alawiten, Drusen, Jesiden und auch der größten Minderheit des Landes, der Kurden, könnten nur durch einen inklusiven Demokratisierungsprozess gelindert werden, so Reinke. Sie kritisierte: „Die neuen Machthaber in Damaskus geben sich nach außen moderat, nach innen gehen sie aber brutal gegen Minderheiten vor und schließen sie faktisch vom politischen Prozess aus.“ Übergangspräsident ist der ehemalige islamistische Milizenführer, Ahmed al-Scharaa.

Ungarn: Es werden nur noch zwei Geschlechter anerkannt

Eine entsprechende Verfassungsänderung fand eine Zweidrittelmehrheit

Budapest (IDEA) – In Ungarn werden künftig nur noch zwei Geschlechter anerkannt. Das Parlament des Landes hat eine entsprechende Verfassungsänderung beschlossen. Laut Medienberichten stimmten 140 Parlamentarier für den Änderungsantrag der Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán und 21 dagegen. Die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit wurde damit erreicht. Die Bürger des Landes werden folglich entweder als männlich oder weiblich definiert. Zudem können Paraden sexueller Minderheiten nun leichter [verboten](#) werden. Das kann mit dem Recht der Kinder auf eine ihrem Geburtsgeschlecht entsprechende Erziehung begründet werden. Die geänderte Verfassung schreibt nämlich vor, dass diese den Werten entsprechen solle, die auf der verfassungsmäßigen Identität Ungarns und seiner christlichen Kultur beruhen. Während der Abstimmung protestierten Gegner der Verfassungsänderung in und vor dem Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Budapest. Von den knapp zehn Millionen Einwohnern Ungarns bekannten sich bei der letzten Volkszählung etwa 30 Prozent zur römisch-katholischen, knapp zehn Prozent zur evangelisch-reformierten und fast zwei Prozent zur evangelisch-lutherischen Kirche. 16 Prozent bezeichneten sich als konfessionslos. Allerdings verweigerten 40 Prozent der Befragten Auskünfte zu ihrer Religionszugehörigkeit.

USA: Außenministerium will „Abneigung gegen Christen“ bekämpfen

Mitarbeiter sollen antichristliche Vorfälle anonym melden

Washington (IDEA) – Die Regierung von US-Präsident Donald Trump hat nach einem Bericht des Nachrichtenportals „Politico“ die Mitarbeiter des Außenministeriums angewiesen, Fälle von „antichristlicher Abneigung“ zu melden. Damit werde ein Dekret umgesetzt, das Trump im Februar unterzeichnet hatte. Es verpflichte alle Bundesbehörden, Vorurteile gegen Christen „auszumerzen“. Laut einer internen Anweisung wolle das Außenministerium Informationen über „antireligiöse Voreingenommenheit“ während der Amtszeit von Trumps Vorgänger Joe Biden sammeln. Dazu sollten die Mitarbeiter anonyme Meldeformulare nutzen und so viele Details wie möglich übermitteln. Außenminister Marco Rubio habe die Anweisung bereits an die US-Botschaften in aller Welt verschickt und intern verbreiten lassen. Ende April solle eine Arbeitsgruppe die eingegangenen Meldungen auswerten.

Mitarbeiter befürchten eine Kultur der Angst

Innerhalb des Ministeriums hat das Vorhaben laut „Politico“ Besorgnis ausgelöst. Mehrere Beamte hätten schockiert reagiert. Ihrer Meinung nach beruhe die Initiative auf der fehlerhaften Annahme, dass das Ministerium grundsätzlich voreingenommen gegenüber Christen sei. Das Vorgehen könne eine Kultur der Angst schaffen, da die Mitarbeiter dazu gedrängt würden, sich gegenseitig zu melden.

Verengtes Verständnis von Religionsfreiheit

Kritik kam auch von der linksgerichteten Nichtregierungsorganisation „Interfaith Alliance“ (Interreligiöse Allianz/Washington). Die Anordnung bekämpfe nur zum Schein bestimmte Formen der Stigmatisierung von Christen, insbesondere von Katholiken. In Wirklichkeit nutze die Trump-Regierung ein verengtes Verständnis von Religionsfreiheit, um die Rechte gesellschaftlicher Randgruppen einzuschränken, etwa sexueller Minderheiten.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]